

SÜDWESTGRÜN

RUNDBRIEF DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GRÜNEN IM BUNDESTAG

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

die Legislaturperiode ist mit einem großen Grüne Erfolg zu Ende gegangen: Am letzten Sitzungstag, in allerletzte Minute, hat sich die SPD entschlossen, doch zu ihrer Überzeugung zu stehen und der Ehe für alle zuzustimmen.

Das ist ein Paukenschlag für die Gleichberechtigung, für die wir Grüne seit über 30 Jahren gestritten haben und auch in Zukunft weiter streiten werden.

Die Grüne Landesgruppe war selbstverständlich vollständig anwesend und hat, wie alle Grünen Abgeordneten, geschlossen mit Ja gestimmt. Der Gesetzentwurf ist als Bundesratsinitiative schon 2013 von den Ländern mit grüner und roter Regierungsbeteiligung



eingebraucht worden. Das ist aber nicht der erste Vorstoß gewesen.

Bereits 1994 hat unsere Fraktion den ersten Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe für alle in den Bundestag eingebracht. Nach endlosen Diskussionen, nach langen Blockaden durch Union und FDP, nach Jahren der Diskriminierung von Schwulen und Lesben sind jetzt endlich auch vor dem Standesamt alle Menschen gleich. Leider haben aber viele Unions-Abgeordnete den Zeitgeist noch nicht verstanden und sehen es nach wie vor als ihren konservativen Markenkern an, Homosexuelle als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse zu behandeln.

Die Abstimmung zur Ehe hat vor allem gezeigt, dass unser Land reif ist für eine andere Politik. Wir wollen und wir müssen den Stillstand der Großen Koalition beenden. Merkel und ihre Minister haben schon viel zu lange an den Menschen vorbeiregiert. Sei es bei der Landwirtschaft, bei Europa, bei der Frage der nachhaltigen Mobilität oder in der Wohnungspolitik: Wir Grüne haben die Antworten auf die Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Im kommenden Wahlkampf und in der nächsten Legislaturperiode werden wir deshalb weiter streiten für faire Löhne, für gesundes Essen, für Weltoffenheit und Toleranz. Wir als Landesgruppe freuen uns auf einen spannenden Wahlkampf mit euch.

Herzlich

KERSTIN ANDREAE

Für eine neue Gründungskultur in
Deutschland **2**

FRANZISKA BRANTNER

Und jenseits der Ehe?
Pakt für das Zusammenleben **4**

AGNIESZKA BRUGGER

Für Verantwortung, Abrüstung
und Menschenrechte **6**

HARALD EBNER

Die schwarz-rote Null **8**

MATTHIAS GASTEL

Verkehrswende jetzt! **10**

SYLVIA KOTTING-UHL

Umwelt im Kopf -
Klimaschutz nur mit Grün **12**

CHRIS KÜHN

Bau- und wohnungspolitische
Lähmung **14**

BEATE MÜLLER-GEMMEKE

Gegen Mobbing und
Abrufarbeit **16**

CEM ÖZDEMİR

Emissionsfreier Mobilität
zum Durchbruch verhelfen **18**

GERHARD SCHICK

Lebensversicherer
in der Krise **20**

SERVICE

Betreuungswahlkreise,
Impressum **22**



KERSTIN ANDREAE

STELLVERTRETENDE FRAKTIONS-VORSITZENDE

WWW.KERSTIN-ANDREAE.DE

Tel. 030 / 227- 71480, Fax 030 / 227- 76481, kerstin.andreae@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Rehlingstraße 16a, 79100 Freiburg
Tel. 0761 / 8886713, Fax 0761 / 8886714, kerstin.andreae@wk.bundestag.de

FÜR EINE NEUE GRÜNDUNGSKULTUR IN DEUTSCHLAND

Als die Große Koalition 2013 antrat, kündigte der damalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel vollmundig eine „neue Gründerzeit“ an. Heute lässt sich nüchtern feststellen: Seine Gründerzeit ist ausgefallen. Allein in 2015 ging die Zahl der Existenzgründungen um 17 Prozent zurück, letztes Jahr dann nochmal um 13 Prozent. Das hängt zwar auch an der sinkenden Arbeitslosigkeit in Deutschland, aber nicht nur. Der Rückgang betrifft nämlich nicht nur diejenigen, die sich mangels Alternative aus der Arbeitslosigkeit heraus gründen. Auch die Zahl derjenigen, die einfach gründen, weil sie eine gute Idee haben, schwindet.

Hier geht uns Innovation und Unternehmertum verloren, aber auch Arbeitsplätze. Der Beschäftigungseffekt von Existenzgründungen ist gewaltig: Gründerinnen und Gründer schufen in den Jahren 2003 bis 2014 rund 4,5 Millionen sozialversicherungspflichtige Jobs. Und wer sorgt in der Wirtschaft für frischen Wettbewerb? Es sind die neuen Unternehmen, die neue Wege gehen und den Druck auf die Etablierten erhöhen, z.B. in Forschung und Entwicklung zu investieren. Der Staat könnte hier übrigens einen sehr guten Anreiz geben, indem er einen steuerlichen Bonus gewährt: 15 Prozent auf alle F&E-Ausgaben für kleine und mittlere Unternehmen. Leider haben Union und SPD das bis zuletzt im Bundestag blockiert.

Wir dürfen Gründung aber nicht nur auf ihre wirtschaftliche Bedeutung verengen. Unternehmensgründung ist gelebte Emanzipation und Integration. Gerade Frauen nutzen ihre Existenzgründung als Möglichkeit, Familie und Erwerbstätigkeit besser vereinbaren zu können oder nach einer Kinderpause

wieder in die Erwerbsarbeit einzusteigen. Frauen gründen überdurchschnittlich oft im Nebenerwerb und sie gründen anders: Sie bewahren einen kühlen Kopf, wenn es z.B. darum geht, bei einer Auftragsflaute die Kosten anzupassen, während ihre männlichen Mitstreiter eher dazu neigen, zu hohe Risiken einzugehen. Das führt dann schnell geradewegs in die Schuldenfalle oder im Extremfall in die Insolvenz. Trotzdem fallen Frauen eher durch das Raster der Förderprogramme und bekommen seltener einen Bankkredit.

Auch Migrantinnen und Migranten nutzen ihre Existenzgründung für Einstieg und Aufstieg. Das liegt zum einen daran, dass sie schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, aber auch daran, dass Selbstständigkeit ein Weg in die Selbstbestimmung sein kann. Die Möglichkeit zur Gründung war zu allen Zeiten gerade für gesellschaftliche Minderheiten ein essentielles Teilhaberecht. Gerade Akademikerinnen und Akademiker mit Einwanderungsgeschichte sind deutlich gründungsfreudiger als ihre deutschen Landleute. Es ist eine große Portion frischer Gründermut nach Deutschland eingewandert. Machen wir doch was draus.

In vielen Bundesländern gibt es bereits gute Gründungsimpulse. So hat Hessen gerade mit seinem „Hessen-Mikrodarlehen“ einen wichtigen Schritt unternommen, Existenzgründungen unbürokratisch zu unterstützen und sich so auf Platz 2 des KfW-Gründungsrankings geschoben. Baden-Württemberg unterstützt durch sein Programm „MikroCrowd“ gezielt alternative Finanzierungsformen und bedient sich dabei einer eigenen Online-Plattform nach dem Prinzip des Crowdfundings. Und in Hamburg und Berlin sind innovative „Digital Hubs“ entstanden. Hier können sich Start-ups untereinander und mit Wissenschaftlern austauschen und vernetzen. Wenn wir jetzt noch eine bessere Verzahnung dieser und ande-

FÜR EINE NEUE GRÜNDUNGSKULTUR IN DEUTSCHLAND



rer Landesförderungen hinbekommen, kann das Deutschland an die Spitze bringen. Lernen wir voneinander und teilen unsere Ideen.

Gründerinnen und Gründer brauchen – im wörtlichen Sinn – Freiräume. Es geht nicht darum, persönliche Selbstfindungsprozesse mit öffentlichen Mitteln zu subventionieren, sondern vielmehr darum, Steine aus dem Weg zu räumen und Grundlagen zu schaffen, an denen später die Allgemeinheit partizipiert. Sei es durch neue Arbeitsplätze oder innovative Produkte, die uns das Leben erleichtern.

Setzen wir daher ein starkes Signal des Aufbruchs: Jeder, der sich in Deutschland selbstständig macht, bekommt einmalig ein flexibles und zinsloses Darlehen bis zu 25.000 Euro. Wir nennen es Gründungskapital. Es wird zu Beginn einer Gründung ausbezahlt, ist unbürokratisch und steht allen offen. Und es ist fast bedingungslos. Lediglich eine Tragfähigkeitsprüfung am Anfang, damit kein Missbrauch mit Steuergeldern betrieben wird. Die Prüfung erfolgt nicht, wie sonst üblich, über eine Hausbank, sondern direkt über die Berater der KfW-Bank. Mit dem Gründungskapital setzen wir bei einem der größten Probleme für Existenzgründerinnen und Existenzgründer an. Die Kreditverfügbarkeit ist neben dem Bildungssystem der Bereich, in dem der Standort Deutschland die schlechteste Note bekommt.

25.000 Euro entsprechen dem maximalen Finanzierungsbedarf von rund Dreiviertel aller Existenzgründer. Die Summe ist nicht hoch genug, um Fachkräfte aus bestehenden Unternehmen in die Selbstständigkeit zu „überreden“. Sie ist aber durchaus so hoch, dass ein wünschenswerter Druck auf Arbeitgeber in Branchen wie der Gastronomie oder bestimmten so-

zialen Diensten entsteht. Hier wird sich mancher anstrengen müssen, damit ihm seine Mitarbeiter nicht in die Selbstständigkeit fliehen.

Das Gründungskapital löst nicht alle Probleme. Es ersetzt auch keine gute Infrastruktur vom Gründerzentrum bis zum One-Stop-Shop. Es bietet aber ein einfaches und unbürokratisches Finanzierungsinstrument, das die gesamte Breite von Existenzgründungen erreicht. Und es gibt vielen Selbstständigen eine Sicherheitsreserve für die kritischen ersten beiden Jahre.

Vor allem jedoch setzt es ein starkes gesellschaftliches Signal für neuen Gründermut. Mit dem Gründungskapital kann uns gelingen, woran die Große Koalition gescheitert ist: Wir schaffen eine „neue Gründerzeit“. Wir sorgen dafür, dass keine gute Unternehmensidee verloren geht und neue Ideen angestoßen werden.

Ideen wie z.B. Root Factory, einem Programm des Freiburger Grünhofs, das Menschen mit Fluchterfahrung hilft, erfolgreiche Unternehmen zu gründen. Solche Ideen und Konzepte gibt es viele in Deutschland. Es braucht oftmals nur einen Anstoß, eine richtige Unterstützung und es braucht eine Kultur der zweiten oder dritten Chance. Nicht jede Idee funktioniert auf Anhieb. Aber auch solche Erfahrungen sind notwendig und hilfreich.

Wir haben in unserem Antrag „Für eine neue Gründungskultur in Deutschland“ noch weitere Instrumente und Maßnahmen vorgeschlagen, die das Gründen in Deutschland einfacher machen kann. Der Antrag wurde zwar von Union und SPD im Bundestag abgelehnt, aber die Debatte nimmt gerade erst Fahrt auf.



DR. FRANZISKA BRANTNER

SPRECHERIN FÜR KINDER- UND FAMILIENPOLITIK

WWW.FRANZISKA-BRANTNER.EU

Tel. 030 / 227-73096, Fax.030 / 227-76094, franziska.brantner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Bergheimerstr. 147, 69115 Heidelberg

Tel. 06221 / 9146620, franziska.brantner.ma04@bundestag.de

WER VERANTWORTUNG FÜR ANDERE ÜBERNIMMT, VERDIENT EINFACHE RECHTLICHE ABSICHERUNG

Menschen übernehmen kontinuierlich Verantwortung füreinander – in der Ehe, in der nichtehelichen Lebensgemeinschaft, aber auch in Patchwork-Konstellationen, in modernen Verantwortungsgemeinschaften. Es ist im Interesse unserer Gesellschaft, dass Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Deswegen ist es auch staatliche Aufgabe, diese Verantwortungsübernahme rechtlich zu vereinfachen. Mit dem Pakt für das Zusammenleben (PaZ) wollen wir eine neue Rechtsform schaffen, mit deren Hilfe zwei Menschen ihr Zusammenleben alltagstauglich rechtlich absichern können. Diese Verantwortungsübernahme muss nicht unbedingt auf einer Liebesbeziehung beruhen.

Wer den PaZ eingeht, hat gegenseitiges Auskunfts-, Informations- und Vertretungsrecht. Schon jetzt gibt es die Möglichkeit, dies in individuellen Verträgen und Vollmachten zu klären; genau das soll aber rechtlich erleichtert werden. Den sozialrechtlich schon definierten Beistandspflichten sollen Unterhaltsrechte an die Seite gestellt werden.

Wer sich für den PaZ entscheidet, kann sich formlos registrieren lassen.

Diese Form des Zusammenlebens wird nicht nur in den Niederlanden (geregistreerd partnerschap) und Frankreich (PACS) bereits rechtlich ermöglicht und abgesichert, sondern erfreut sich dort auch einer großen Akzeptanz. Mehr dazu im [Abschlussbericht der Familienpolitischen Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung](#).

Bürokratiemonster Bildungs- und Teilhabepaket

Das Bildungs- und Teilhabepaket wurde im Jahr 2010 in Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts eingeführt, das einen individuellen Rechtsanspruch auf kulturelle, gesellschaftliche und politische Teilhabe von Kindern aus einkommensschwachen Familien festschrieb. Es geht hier um Nachhilfe, Mittagessen in der Kita, Ki-cken im Verein oder das Erlernen eines Musikinstruments. Es wurde aber viel zu umständlich um das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich herumgebastelt. Das Ergebnis sind hohe Antragshürden für die Leistungsberechtigten und ein überbordender bürokratischer Aufwand für alle Beteiligten. Die Konsequenz daraus: Lernförderung, zum Beispiel Nachhilfe, wird nur von einem Bruchteil der Anspruchsberechtigten wahrgenommen. Die Leistungen sind überdies nicht bedarfsdeckend: 10 Euro monatlich reichen nicht aus, um an Kultur- oder Sportangeboten teilzuhaben. Zu allem Überfluss verschlingt das Paket noch rund 183 Millionen Euro pro Jahr an Verwaltungskosten.

Raus aus der Sackgasse

Deswegen fordern wir in unserem Antrag „Gesellschaftliche Teilhabe und gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen sicherstellen“, das Bildungs- und Teilhabepaket endlich abzuschaffen. Stattdessen sollen die Leistungen durch einen kostenlosen Zugang zu den entsprechenden Angeboten im Rahmen einer verbesserten Infrastruktur gewährt werden. Dafür soll der Bund den Akteuren vor Ort direkt die Gelder zur Verfügung stellen. Bis zu einer entsprechenden Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sollte die Höhe der Leistungen des Pakets den tatsächlichen Bedarfen entsprechend angehoben und durch weniger Bürokratie der

UND JENSEITS DER EHE?

PAKT FÜR DAS ZUSAMMENLEBEN

Zugang zu den Leistungen durch einen Globalantrag vereinfacht wird. Damit jedes Kind teilhaben kann!

Auf Macron zugehen!

Insbesondere nach dem Brexit und all den Fragezeichen, die der kopflose Kurs der Regierung in London seit Monaten aufwirft, ist der Wahlsieg von Emmanuel Macron vor allem eines: eine Chance für Europa. In Zusammenarbeit mit Frankreichs neuem Präsidenten können und müssen wir die Eurozone und die EU reformieren. Leider gibt die Bundesregierung bislang ein anderes Bild ab: Kurz nach Macrons Amtsantritt hagelte es Ratschläge aus den Reihen der Union – sowie auch von der wieder sehr forschenden FDP: keine Vergemeinschaftung von Schulden, erstmal müsse Frankreich seine "Hausaufgaben" machen etc. Mit dieser Schulmeisteri muss Schluss sein. Wir müssen Reformen und Investitionen gemeinsam denken und angehen, nicht ein "zuerst und dann". Wir brauchen einen Euro-Haushalt und eine Allianz der Parlamente, um die Eurozone zu demokratisieren. Warum: um nachhaltiges Wachstum zu schaffen und die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Kein Weiter-Dümpeln

Wir können es uns nicht leisten, die EU nun weitere fünf Jahre vor sich hin dümpeln zu lassen, denn das könnte die Wahl von Marine Le Pen 2022 bedeuten. Es reicht also nicht, wenn Angela Merkel freundliche Worte mit Macron wechselt. Schwarz-Rot muss liefern, konkret werden! Kürzlich musste die Bundesregierung in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von mir einräumen, sie habe noch keine gemeinsam abgestimmte Haltung, was man den Franzosen für Angebote machen wolle. Dann wird es aber Zeit!

Vage Leitlinien zur zivilen Krisenprävention

Nach langem Hick-Hack hat die Bundesregierung Mitte Juni die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ verabschiedet – die den rot-grünen „Aktionsplan zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ aus dem Jahr 2004 ablösen.

Die Leitlinien enthalten aber leider nicht mehr als vage Absichtserklärungen. Es fehlen konkrete Zielvorgaben zum Beispiel in den Bereichen Mediation, Rechtsstaatsaufbau, Sicherheitssektorreform oder Versöhnungsarbeit. Vor allem: das Geld. Während die große Koalition den Rüstungshaushalt in den letzten Jahren massiv erhöht und sich gegenüber der NATO verpflichtet hat, 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Verteidigung auszugeben, dümpelt der Bereich der Friedensarbeit vor sich hin. Schwarz-Rot hat weder die im Koalitionsvertrag angekündigte Bund-Länder-Vereinbarung für internationale Polizeieinsätze erreicht. Noch immer sind von über 13 000 Polizeibeamten in VN-Einsatz nur rund 30 aus Deutschland. Ein politisches Armutszugnis.

Warum wurde kein klares Steuerungsgremium benannt, das die zahllosen Maßnahmen und Vorhaben der gesamten Bundesregierung auf ihre Friedensverträglichkeit hin prüft? Stattdessen ein Weiter so des Nebeneinanders. Wir haben schon im Positionspapier für zivile Krisenprävention und Friedensförderung, unserem Input zum Leitlinien-Prozess, gefordert, einen Nationalen Rat für Frieden, Menschenrechte und Nachhaltigkeit einzurichten. Seine Aufgabe wäre es, sicherzustellen, dass auch die Handels-, die Landwirtschafts-, die Rüstungsexportpolitik sowie alle Ressorts dem Frieden in der Welt dienen, wie es unser Grundgesetz vorsieht.



AGNIESZKA BRUGGER

SPRECHERIN FÜR SICHERHEITSPOLITIK UND ABRÜSTUNG

WWW.AGNIESZKA-BRUGGER.DE

Tel. 030 / 227-71570, Fax 030 / 227-76195, agnieszka.brugger@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Rosenstraße 39, 88212 Ravensburg,

Tel. 0751 / 3593966, Fax 0751 / 3593967 agnieszka.brugger@wk.bundestag.de

FÜR VERANTWORTUNG, ABRÜSTUNG UND MENSCHENRECHTE - WAS WIR GRÜNE IN DER AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK BESSER MACHEN WOLLEN

Gemeinsam haben wir Grüne unser Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 beschlossen. Wir wollen Waffen-Deals in Krisenregionen und an Staaten, in denen Menschenrechte verletzt werden, endlich beenden – nicht wie Schwarz-Rot immer neue Rekorde der Verantwortungslosigkeit aufstellen. Statt 2 Prozent des Bruttoinlandproduktes für noch mehr Aufrüstung und Waffen auszugeben, möchten wir eine starke Offensive für zivile Antworten. Wir Grüne setzen auf zivile Krisenprävention, Entwicklungszusammenarbeit, Diplomatie, die Stärkung der Vereinten Nationen und eine wirksame Bekämpfung von Fluchtursachen. Dazu gehört mehr denn je und erst Recht nach Donald Trumps Angriff auf das wichtige und wegweisende Klimaabkommen von Paris der konsequente Kampf gegen die Klimakatastrophe.

Gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik haben Union und SPD in den letzten vier Jahren immer wieder kluge und nachhaltige Antworten für mehr Frieden und Sicherheit vermissen lassen. So hat sich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf ihre eigene Profilierungsshow konzentriert, Ex-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel für beschämende Rekorde bei den Rüstungsexporten gesorgt und als Außenminister boykottiert er jetzt die historischen Verhandlungen bei den Vereinten Nationen über ein Verbot von Atomwaffen. Was von der dritten Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel bleibt, ist eine sehr ernüchternde Bilanz. In der Sicherheits- und Abrüstungspolitik haben wir Grüne viele Ideen zu bieten. Wenn wir auf die aktuelle Lage und die Politik der Bundesregierung schauen, dann sehen wir auch: Es braucht uns Grüne, und es braucht uns Grüne

in Verantwortung.

Scheinwerferlicht und Selbstinszenierung – Die falschen Prioritäten von Ursula von der Leyen

Für Rechtsextremismus darf es in der Bundeswehr keinen Platz geben. Gerade in einer Organisation, in der es Zugang zu Waffen und militärischen Fähigkeiten gibt, muss man besonders wachsam und entschlossen gegenüber der rechtsextremistischen Gefahr sein. Bei den Anschlagplanungen der rechtsextremistischen und gewaltbereiten Gruppe um den Soldaten Franco A. mag man sich gar nicht vorstellen, was alles hätte passieren können. Es ist erschreckend, wie lange die Verdächtigen trotz der vielen Alarmzeichen ihr Unwesen treiben und unbehelligt Anschläge vorbereiten konnten. Eine rechtsextremistische Masterarbeit wurde ignoriert, niemand bemerkte den Diebstahl einer Riesenmenge an Munition und dann stellt sich auch noch heraus, dass der Militärische Abschirmdienst trotz klarer Hinweise seine Ermittlungen einstellte. All diese ungeheuerlichen Fehler sind in der Amtszeit von Ursula von der Leyen geschehen.

Obwohl es in den letzten Jahren immer wieder Hinweise auf Rechtsextremismus gab, suchte sich Verteidigungsministerin von der Leyen lieber Projekte, mit denen sie sich möglichst gut in Szene setzen konnte. Über die vielen Schlagzeilen hat sie die wichtigen Themen Rechtsextremismus und die Stärkung der Inneren Führung in der Bundeswehr vernachlässigt.

Anstatt selbstkritisch zurückzublicken und eigene Fehler einzugestehen, schiebt die Ministerin die Schuld von sich weg. Das Haltungsproblem haben aus ihrer Sicht immer nur die anderen. Man kann eine neue Führungskultur nicht einfach nur ankündigen, man muss sie selbst vorleben. Gute Führung fängt zuallererst bei der Ministerin selbst an.

Wir Grüne haben in den letzten Wochen unermüdlich

FÜR VERANTWORTUNG, ABRÜSTUNG UND MENSCHENRECHTE



die ehrliche Aufklärung dieser sehr ernsten Vorfälle eingefordert. Viele Fragen sind aber immer noch offen. Ursula von der Leyens jahrelanges Desinteresse an der Inneren Führung und an einem konsequenten Vorgehen gegen Rechtsextremismus kann sie nicht mit ein paar aktionistischen Reformankündigungen kaschieren. Wir Grüne haben daher eine Reihe von Vorschlägen gemacht, um die Prinzipien der Inneren Führung und das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform in der Truppe zu stärken. Besonders wichtig ist uns dabei, dass Soldatinnen und Soldaten, die Missstände melden, nicht länger Nachteile für ihre Karriere und ihren Arbeitsalltag befürchten müssen.

Mutig und hartnäckig für eine atomwaffenfreie Welt streiten

Frustriert über den abrüstungspolitischen Stillstand und die Verweigerungshaltung der Atomwaffenmächte verhandeln über 100 Staaten auf der Ebene der Vereinten Nationen einen Atomwaffenverbotsvertrag. Ein historischer und beeindruckender Schritt hin zu einer atomwaffenfreien Welt. Die Bundesregierung boykottiert gerade auch die zweite Runde der Verhandlungen und nimmt nicht einmal als Beobachter teil. Mit dieser mutlosen Blockadehaltung verspielt sie nicht nur ihre abrüstungspolitische Glaubwürdigkeit, sondern schwächt auch die Vereinten Nationen. Dabei braucht gerade unsere sicherheitspolitisch so schwierige Zeit abrüstungspolitischen Mut. Die schwarz-rote Bundesregierung duckt sich hinter den Nuklearstaaten weg und schließt sich blind ihrer falschen Logik an. Auch beim Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ist nichts passiert. Dabei haben vor ein paar Jahren von der CSU bis zur Linken alle erklärt, dass sie den Abzug wollen. Es ist unfassbar, dass Union und SPD stattdessen der Modernisierung dieser Waffen zugestimmt und damit sogar noch ihren Verbleib zementiert haben. Vier Jahre Schwarz-Rot waren vier verlorene Jahre

für die Abrüstungspolitik. Höchste Zeit für eine Bundesregierung, die mehr Einsatz und mehr Mut für Frieden und Sicherheit zeigt.

Schluss mit Rüstungsexporten in Krisengebiete und endlich ein strenges Rüstungsexportgesetz auf den Weg bringen

Ebenso desaströs bleibt die schwarz-rote Rüstungsexportpolitik: Die Bundesregierung setzt ihre falsche Politik der letzten Jahre ohne Skrupel fort und toppt dabei sogar noch Schwarz-Gelb. Auf das verheerende Rekordjahr 2015 folgte 2016 der zweithöchste Genehmigungswert in der Geschichte der Bundesrepublik. In den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden schon wieder Exporte über 2,42 Mrd. € genehmigt. Jahr für Jahr gehen Waffen und andere Rüstungsgüter an Regime mit katastrophaler Menschenrechtslage und in Krisenregionen. Saudi-Arabien führt weiter einen blutigen Krieg im Jemen und gerade zeigt die Katar-Krise, wie explosiv die Lage im Nahen und Mittleren Osten ist. Trotzdem gießt die schwarz-rote Bundesregierung mit den Rüstungsexporten an diese Länder weiter Öl ins Feuer. Union und SPD haben bewiesen, dass ihnen der politische Wille fehlt, solche verantwortungslosen Waffendeals endlich zu beenden. Während es keine Fortschritte beim Prozess zu einem echten, strengen Rüstungsexportgesetz gab, höhlen die Rüstungsunternehmen weiter durch internationale Kooperationen die deutschen Exportregeln aus. Jüngstes Beispiel sind die Pläne der Rüstungsschmiede Rheinmetall, in der Türkei eine Panzerfabrik aufzubauen.

Egal ob Saudi-Arabien, Katar oder die Türkei, Deutschland darf in keine Krisenregion und an keine kriegführende oder menschenrechtsverletzende Regierung Rüstungsexporte genehmigen. Wir Grüne wollen dieser gefährlichen und verantwortungslosen Politik mit einem strengen Rüstungsexportgesetz endlich einen Riegel vorschieben.



HARALD EBNER

SPRECHER FÜR GENTECHNIK- UND BIOÖKONOMIEPOLITIK

WWW.HARALD-EBNER.DE

Tel. 030 / 227-73025, Fax 030 / 227-76025, harald.ebner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gelbinger Gasse 87, 74523 Schwäbisch Hall
Tel. 0791 / 97823731, Fax 0791 / 97823733, harald.ebner@wk.bundestag.de

AGRARPOLITISCHE BILANZ: DIE SCHWARZ-ROTE NULL

Die Große Koalition ist am Ende. Nicht nur zeitlich. Im Agrarbereich zeigt sich das besonders deutlich in der Nullbilanz von Minister Schmidt und dem ewigen Hickhack mit seiner Widersacherin Barbara Hendricks im Umweltressort. Wenigstens konnten wir Grüne so immer wieder die SPD erfolgreich unter Druck setzen, um das Schlimmste zu verhindern. Schmidts verkapptes Gentechnik-Comeback hatten die GenossInnen schon durchgewinkt, und auch der Glyphosat-Zulassung hätten sie letztes Jahr womöglich zugestimmt, wenn wir sie nicht im Parlament mit unseren Anträgen getrieben hätten.

Gentechnik: Kein Gesetz nirgends

Die Wahlperiode begann mit dem Genmais 1507, dessen EU-Zulassung die Große Koalition in Brüssel durchwinkte, obwohl im druckfrischen Koalitionsvertrag davon die Rede war, den ablehnenden Bürgerwillen ernst zu nehmen. Als Trostpflaster versprach Schwarz-Rot dann nationale Genmais-Anbauverbote, mit denen man das Versagen in Brüssel angeblich wieder gutmachen könne. Doch sein Anbauverbotsgesetz hat Minister Schmidt die ganze Legislaturperiode lang nicht hinbekommen. Nach jahrelangem Gezerre ist sein Murks-Gesetz Ende Mai im Bundestag endgültig gescheitert. Zum Glück konnten wir die SPD überzeugen, Bundesländer-Flickenteppich, Veto-Ministerien und die heimliche Einführung neuer Gentechnik wie CRISPR nicht mitzutragen.

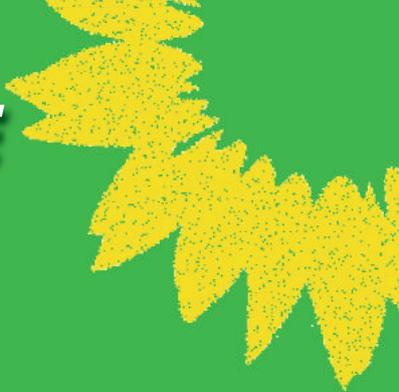
Weniger gut war allerdings die Weigerung auch der SPD bis in die allerletzte Sitzungswoche, über den Gentechnik-Gesetzentwurf des Bundesrates zu beraten. Denn der ist durchdacht, funktions- und sogar mehrheitsfähig im Bundestag – nur eben jenseits von

Schwarz-Rot. So hat am Schluss auch die SPD verhindert, dass wir endlich eine gesetzliche Grundlage für die Genmais-Anbauverbote bekommen. Das wird also Aufgabe der neuen Bundesregierung sein – je nach Konstellation ein konflikträchtiges Thema, obwohl der Wählerwille so eindeutig und auf unserer Seite ist. Die CDU wird immer offener zur Pro-Gentech-Partei, die FDP war es schon immer. Schwarz-Gelbe würde ein Comeback der Gentechnik bedeuten.

Merkel, Schmidt und Hauk wollen Glyphosat

Auch mit Glyphosat wird sich die neue Bundesregierung beschäftigen müssen. Der Vorschlag zur Neuzulassung der EU-Kommission wird zwar im Juli erwartet, doch es gilt als unwahrscheinlich, dass es eine schnelle Einigung der EU-Staaten gibt. Unterdessen gibt sich die Union als wild entschlossene Befürworterin des Ackergifts Nummer eins. Die Landwirtschaftsminister Peter Hauk und Christian Schmidt und jetzt sogar die Kanzlerin persönlich setzen sich für Glyphosat ein. Damit ignorieren sie nicht nur ein weiteres Mal Umwelt, Gesundheit und Wählerwillen, sondern auch neue Erkenntnisse über Krebsgefahren. Erstmals konnten jetzt unabhängige Wissenschaftler die geheimen Monsanto-Studien einsehen. Sie fanden prompt neue, von den Behörden „übersehene“ Hinweise auf erhöhte Tumorraten. Doch statt diese Hinweise zu prüfen, tun Behörden und Ministerium sie einfach als „längst bekannt“ ab – obwohl die Daten bisher gar nicht zugänglich waren. Aber auch von Barbara Hendricks und der SPD ist nicht mehr viel Widerstand zu spüren. Äußerungen legen den Eindruck nahe, dass das Umweltministerium einer Glyphosat-Neuzulassung gegen ein paar Auflagen zum Schutz der Artenvielfalt zustimmen könnte. Von Gesundheitsschutz, den sich Hendricks Jahr auf die Fahnen geschrieben hatte, ist keine Rede mehr – trotz der

DIE SCHWARZ-ROTE NULL



neuen Erkenntnisse und Monsanto-Mauscheleien bei den Studien, die inzwischen bekannt geworden sind. Es braucht ganz offensichtlich starke Grüne im nächsten Bundestag, um ein Weiter-so bei Glyphosat zu verhindern!

Weniger Gift auf Acker und Essen!

Auf unseren Feldern werden noch hunderte weitere Gifte eingesetzt, viele gesundheitsschädlich, einige sogar möglicherweise krebserregend, eine ganze Reihe, die sogenannten Neonikotinoide, tödlich für Bienen und andere Insekten. Dass immer mehr Chemie eine Sackgasse ist und langfristig nicht nur unsere Lebensgrundlagen, sondern auch die Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft zerstört, haben inzwischen auch Vertreter der konventionellen Agrarwirtschaft erkannt. Wir sind mit ihnen in den Dialog getreten, haben einen Pestizid-Reduktionsplan vorgelegt und in den Bundestag eingebracht. Minister Schmidt hat auch auf diesem Gebiet nichts vorzuweisen: der Pestizidverbrauch nimmt weiter zu statt ab. Konkrete Reduktionsziele und aus dem Verkehr zu ziehende Stoffe? Auch am Ende der Wahlperiode immer noch Fehlanzeige, wie uns Schmidt jetzt in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage eingestehen musste.

Für einige der bienengiftigen Neonikotinoide plant jetzt die EU-Kommission endlich ein Verbot. Schmidt dagegen hat sich über die Legislaturperiode als Bayer-Minister, aber nicht als Bienen-Minister einen Namen gemacht, indem er Teilverbote der Bienengifte rückgängig machen wollte – was wir verhindern konnten – oder EU-Rückstands-Grenzwerte auf ausdrücklichen Bayer-Wunsch hochsetzten ließ. Wie er zu den neuen EU-Verbotsplänen steht, mochte Schmidt uns auf mehrfache Anfrage nicht sagen. Voraussichtlich muss sich eine neue Bundesregierung darum kümmern, dass die EU endlich Ernst macht beim Bienen- und Insekten-

schutz. Schließlich ist die Situation der Biologischen Vielfalt desaströs: Seit 1980 ist die Zahl der Insekten um 80 Prozent zurückgegangen, die der Vögel in unseren Agrarlandschaften um mehr als die Hälfte. Eine zentrale Ursache dafür sind Neonikotinoide. Nur wir Grüne setzen uns konsequent für deren umfassendes Verbot ein.

Die Zukunft ist Bio und Grün

Die Bio-Landwirtschaft zeigt schon lange den Weg in die Zukunft. Nachhaltig und ohne Gifteinsatz produziert sie regionale, leckere und gesunde Qualitäts-Lebensmittel. Und die KundInnen honorieren es: Bio boomt! Doch auch bei der Bio-Förderung haben Schmidt und Schwarz-Rot komplett versagt. Klotzen statt Kleckern ist gefragt! Statt Schmidts Zukunftsstrategie-Kaffeekränzchen wollen wir eine Milliarde Euro in den Öko-Landbau investieren, damit die einheimische Nachfrage mit einheimischen Produkten gedeckt werden kann.

In der Agrarpolitik gibt es nur zwei ernstzunehmende Player: Union und Grüne. Das haben Fachmedien nach dem Bauerntag Ende Juni erneut bestätigt. Alle anderen Parteien haben dazu wenig beizutragen. Dabei ist die Frage, wie wir Landwirtschaft betreiben, von enormer Bedeutung für die Zukunft unseres Planeten. Wer nicht will, dass wir wegen kurzfristiger Produktionssteigerungen unsere Lebensgrundlagen zerstören, sondern die Welt unseren Kindern und Enkeln so hinterlassen möchte, dass auch sie noch gut hier leben können, muss sich für eine Agrarwende einsetzen. Und die wird es nur mit uns Grünen geben. Das möchte ich gerne gemeinsam mit euch den Wählerinnen und Wählern vermitteln, damit wir am 24. September ein starkes Ergebnis erzielen!



MATTHIAS GASTEL

SPRECHER FÜR BAHNPOLITIK

WWW.MATTHIAS-GASTEL.DE

Tel. 030 / 227-74150, Fax 030 / 227-70150, matthias.gastel@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Aicher Straße 2 (Zugang über Rosenstraße), 70794 Filderstadt
Tel. 0711 / 99726140, matthias.gastel.ma04@bundestag.de

VERKEHRSWENDE JETZT!

PENDLERVERKEHR: RAUS AUS DEM STAU!

Noch nie gab es in Deutschland so viele Pendler wie heute: In Großstädten wie Stuttgart, Frankfurt oder Düsseldorf wohnen inzwischen zwei Drittel aller Beschäftigten außerhalb der Stadtgrenzen. Die Anzahl der Fernpendler mit einem einfachen Arbeitsweg von über 150 Kilometern ist deutschlandweit auf 1,3 Millionen Menschen gestiegen. Eine verfehlte Bau- und Verkehrspolitik hat diese Entwicklung unterstützt. Wohn- und Gewerbestrukturen werden stärker denn je getrennt und Bauflächen oft abseits von Bahnstrecken ausgewiesen. Die Pendlerpauschale gleicht Fahrtkosten aus, so dass viele für ein kleines Gehaltsplus auf dem Lohnzettel bereit sind, deutlich längere Strecken in Kauf zu nehmen. Vor allem dann, wenn ein steuerlich begünstigter Dienstwagen mit Tankflatrate zur Verfügung steht.

Immer mehr Straßen sollen nach Ansicht von CDU/CSU und SPD dafür sorgen, dass sich längere Strecken in der gleichen Zeit zurücklegen lassen. Diese Rechnung geht allerdings nicht auf – denn die erweiterten Straßenkapazitäten werden regelmäßig vom Verkehrswachstum aufgefressen. Das Auto wird dadurch zunehmend zur Mobilitätsform, die mit dem Stau den Stillstand und damit das Gegenteil seiner Bestimmung erzwingt. Die fatalen Folgen sind gesundheitsschädigende Luftbelastung in den Städten und weitere Flächenversiegelung.

Dies macht deutlich: Wir brauchen ein grundsätzliches Umsteuern in der Verkehrspolitik. Fehlanreize, die längere Fahrtwege attraktiv machen und Flächenverbrauch, Ressourcenverschwendung und Luftbelastung fördern, gehören abgestellt. Dazu muss – im wahrsten Sinne des Wortes – mehrgleisig gefahren werden. Wir brauchen eine Offensive für den öffentlichen Verkehr.

Die Mittel, die der Bund für den Nahverkehr zur Verfügung stellt, wurden seit 20 Jahren nicht erhöht. Im Bundestag setzen wir uns mit unserem „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ für eine Verdreifachung der Mittel ein. Auch beim Regional- und Fernverkehr muss die Bundesregierung endlich ihrer Verantwortung gerecht werden und den Ausbau der – nicht zufällig so genannten – Bundesschienenwege vorantreiben. Um den Berufsverkehr effizienter zu gestalten und Staus zu vermeiden, wollen wir die Potentiale des Fahrrads heben und Radschnellwege vorantreiben. Nicht zuletzt lohnt es sich, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und das Ridesharing – die moderne Form der Fahrgemeinschaft – zu fördern.

Kürzere Arbeitswege und bessere Alternativen zum privaten Auto bieten eine Win-Win-Situation für alle: Wenn Staus weniger werden, wird die Luft besser, geht der Lärm zurück und die Lebensqualität steigt. Gleichzeitig kommen auch diejenigen, die täglich auf das Auto angewiesen sind, besser voran.

Bahn: Mit Bahnkonzept in die Offensive!

Da die Große Koalition eine solche Verkehrswende blockiert, werden wir Grüne in den nächsten Wochen das Thema Mobilität der Zukunft in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung rücken. Bei der Bahn wird die verkehrspolitische Konzeptlosigkeit dieser Großen Koalition besonders deutlich: In den letzten vier Jahren waren die Investitionen in den Schienenverkehr mit gerade mal 57 Euro pro Kopf in Deutschland skandalös niedrig. Unsere Nachbarländer Österreich und Schweiz investieren wesentlich mehr in die Bahn: Rund 200 Euro pro Kopf gehen in Österreich in die Schiene, der Bahn-Weltmeister Schweiz lässt sich das Netz sogar mehr als 350 Euro pro Kopf und Jahr kosten. Die schwierige Lage bei der Deutschen Bahn ist nur Symptom der schwarz-roten Politik gegen

VERKEHRSWENDE JETZT!

den Schienenverkehr.

Dies wollen wir Grüne aufbrechen. Es ist Zeit für einen Neuanfang. Ein neuer Bahn-Chef wird nur dann erfolgreich sein, wenn er einen klaren Kurs verfolgen kann, mit klaren politischen Rahmenbedingungen und einer starken Rückendeckung durch die Bundespolitik. Deshalb haben wir in diesen Tagen unser grünes Bahnkonzept vorgestellt, um nach der Bundestagswahl die völlig verfehlte Bahnpolitik von Dobrindt neu aufzustellen.

Wir wollen dabei den Klimaschutz und die Digitalisierung anpacken und so den Mobilitätswandel in der Bevölkerung unterstützen. Mit dem Grünen Mobilpass soll nach Schweizer Vorbild eine Buchungsplattform für Bahn, Bus, Fähren, Carsharing bis zum Radverleih etabliert werden. Niemand soll sich mehr über Tarifsyste-me und Zonengrenzen den Kopf zerbrechen müssen, so dass das Kombinieren verschiedener Verkehrsmittel kinderleicht wird. Den Wiederaufbau eines flächendeckenden Fernverkehrsnetzes nach der verheerenden Ära Mehdorn wollen wir mit einem Fernverkehrsplan flankieren, damit auch Großstädte wie Heilbronn oder Reutlingen wieder an den Bahnfernverkehr angebunden werden. Mit gezielten Investitionen ins Netz wollen wir den Deutschland-Takt endlich umsetzen und unsere Bahnhöfe aufwerten. Mehr Infos zum Grünen Bahnkonzept findet ihr hier.

Radverkehr: Zeit für radpolitischen Aufbruch!

Auch im Radverkehr hat diese Große Koalition wenig Spuren hinterlassen. Am 19. Mai war es wieder soweit: Der ADFC stellte die Ergebnisse der größten Umfrage zum Radverkehr in Deutschland vor. Bundesweit ist das Ergebnis ernüchternd: Vielerorts haben sich die Bedingungen verschlechtert und es herrscht kein gutes Fahrradklima. Selbst die bundesweit fahrradfreundlichste Großstadt Münster erhält lediglich die Note

3,0.

Für den negativen Trend trägt auch Bundesverkehrsminister Dobrindt Verantwortung. Anstatt den Radverkehr konsequent zu fördern, lässt er die Länder und Kommunen im Stich. Oder er legt ihnen sogar Steine in den Weg und blockiert beispielsweise jahrelang Modellprojekte für mehr Radsicherheit.

Verbessert hat sich das Fahrradklima nur dort, wo die Menschen vor Ort den widrigen Rahmenbedingungen trotzen und sich entschlossen für eine andere Mobilität, mehr Lebensqualität und weniger Luftschadstoffe einsetzen. Erfreulicherweise ist dies in vielen Gemeinden in Baden-Württemberg der Fall. Pforzheim hat bei den Städten zwischen 100.000 und 200.000 Einwohnern die beste Entwicklung in ganz Deutschland genommen. Karlsruhe und Freiburg sind die zweit- bzw. drittplatzierten Großstädte der Republik.

Die Spitzenplätze vieler baden-württembergischer Städte können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass beim Radverkehr insgesamt noch viel Arbeit bleibt. Damit sich die Menschen beim Radfahren nicht länger unsicher fühlen, muss das Bundesverkehrsministerium beim Radverkehr endlich hochschalten. In unserem Radverkehrs-Antrag legen wir Grüne dar, welche Maßnahmen der Bund ergreifen sollte. Die Große Koalition lehnte den Antrag im Bundestag ab und stimmte damit unter anderem auch gegen verbindliche Qualitätsstandards für Radwege, gegen mehr Radschnellwege, gegen den Rechtsabbiegepeil für Radfahrende, gegen Lastenrad-Sharing und gegen die vereinfachte Fahrradmitnahme in Zügen. Eigene Vorschläge zur Radverkehrsförderung hatte die Koalition nicht.

Lasst uns das verkehrspolitische Versagen der Großen Koalition zum Thema der nächsten Wochen machen! Viele Menschen im Land werden unser Engagement honorieren!



SYLVIA KOTTING-UHL

SPRECHERIN FÜR ATOMPOLITIK

WWW.KOTTING-UHL.DE

Tel. 030 / 227-74740, Fax 030 / 227-76742, sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe

Tel. 0721 / 1518687, Fax 0721 / 1518690, sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

UMWELT IM KOPF - KLIMASCHUTZ NUR MIT GRÜN

Die Flüchtlingspolitik, Donald Trumps Abtraum-Präsidentschaft, Erdogans Entdemokratisierung der Türkei, der weltweite Terror – diese Themen beherrschen die vorderen Nachrichtenseiten. Sie sind von immenser Bedeutung.

Und trotzdem gibt es eine Gefahr jenseits dieser Gefahren, in einer ganz anderen Dimension. Vor der Frage "Wie wollen wir auf der Erde leben?" steht die Frage "Wie können wir weiter auf der Erde leben?" Diese Frage drängt!

- **Die Erde fiebert:** Die Jahre 2014, 2015, 2016 waren die jeweils heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Letztes Jahr lag die weltweite Durchschnittstemperatur bereits 1,2 Grad über dem vorindustriellen Zeitalter.

- **Das Eis schmilzt:** Die Ausdehnung des arktischen Meereises ist auf Rekordtief. Selbst zum Zeitpunkt der Maximalausdehnung am 7. März dieses Jahres war es mit 14,45 Millionen Quadratkilometern so klein wie nie zuvor seit Satelliten dies messen. Spätestens in 30 oder 40 Jahren wird Klimatologen zufolge das Polarmeer im Sommer eisfrei sein.

- **Die Meeresspiegel steigen schneller:** Bund und Länder planen derzeit mit einem maximalen Meeresspiegelanstieg von knapp einem Meter bis zum Jahr 2100. Wissenschaftler warnen, dass der Meeresspiegel bis zum Ende des Jahrhunderts schneller und stärker ansteigen könnte als bislang vermutet, womöglich um bis zu drei Meter.

- **Das Great Barrier Reef stirbt:** 2016 war ein Horror-

jahr für das Great Barrier Reef. Extrem hohe Wassertemperaturen haben besonders im nördlichen, bislang weitgehend intakten Teil des 2300 Kilometer langen Riff-Systems mit unzähligen Korallenbänken verheerende Folgen gehabt. Über zwei Drittel der Korallen bleichten aus – so viel wie in keinem Jahr zuvor. Ein Riff auf der Intensivstation, dessen Tod nicht mehr zu verhindern ist.

- **200 Millionen Klimaflüchtlinge müssen ihre Heimat verlassen:** Mit der Klimaerhitzung verschlechtern sich die Lebensbedingungen für Hunderte Millionen Menschen insbesondere in den ärmsten Ländern der Welt dramatisch. Wenn wir die Klimakrise nicht aufhalten, werden sich in den nächsten 30 Jahren weltweit mindestens 200 Millionen Menschen auf den Weg machen müssen, um zu überleben.

- **Deutsche Gewässer werden zu heiß:** Die Klimakrise hat bereits Auswirkungen auf unsere heimischen Flüsse und Seen. Im Rhein stieg die Wassertemperatur von 1978 bis 2011 um 1°C bis 1,5°C. Allein in Brandenburg sind 2016 dreißig Messstellen in Wassergräben und Flüssen ausgetrocknet.

Klimakrisen-Leugner auf dem Vormarsch

Solche Meldungen stoßen in der Politik auf viele taube Ohren. 2012 twitterte Donald Trump, die Idee des Klimawandels sei "von und für Chinesen erfunden, um der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in den USA zu schaden". Als Präsident kündigte Trump den Wiederaufbau der Kohleindustrie und vor einem Monat den Austritt seines Landes aus dem Pariser Klimaabkommen an. Zwei Tage nach dieser Entscheidung wandte sich der „Berliner Kreis“ der CDU in

UMWELT IM KOPF

-

KLIMASCHUTZ NUR MIT GRÜN!

einer Erklärung gegen einen einseitig negativen Blick auf die Folgen der Erderwärmung. So seien „die mit dem Schmelzen des polaren Meereises verbundenen Chancen wie eine eisfreie Nordpassage, neue Fischfangmöglichkeiten und Rohstoffabbau vermutlich sogar größer als mögliche negative ökologische Effekte“.

Die klimapolitische Bilanz der Großen Koalition ist verheerend: Die umweltschädlichen Subventionen befinden sich auf Rekordhöhe, die Treibhausgasemissionen im Jahr 2016 sind im Vergleich zum Vorjahr noch gestiegen, von 2009 bis heute ist der Co₂-Ausstoß nicht gesunken. Die Annäherung an einen Kohleausstieg hat die SPD abgeräumt, stattdessen wird der Ausbau der Erneuerbaren mit insgesamt 10 Deckeln gestutzt. Die „Klimakanzlerin“ redet und handelt nicht.

Der Blick in Wahlprogramme für die Bundestagswahl ist der klimapolitische GAU. Bei der SPD weichgespülte Formulierungen statt konkreter Initiativen, das Programm der Linken zwar mit einigen guten Forderungen, insgesamt aber widersprüchlich und unrealistisch. Von der FDP wird Klimaschutz in erster Linie als Belastung und Gängelung von Wirtschaft und Verbrauchern gesehen. Und die AfD deutet – passend zum Rest ihres Programms – den CO₂-Anstieg gar positiv: "Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, umso kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus." Ihr Programmwurf ist lebensgefährlich für unsere Kinder. Laufzeitverlängerung für AKW, Stopp für die Energiewende und alle Erneuerbaren, Kohlekraftwerke auf Dauer und Rückabwicklung aller Klimaschutzvereinbarungen.

Schaut man sich den schwarz-gelben Koalitionsentwurf in Nordrhein-Westfalen an, ahnt man, was Deutschland bei entsprechender Koalition in der Bundesregierung drohen würde. Die neue NRW-Klimapolitik trägt die Kahlschlag-Handschrift der FDP: Begrüßen des Klimaabkommens von Paris, um dann

bei den Maßnahmen den Klimaschutz abzuräumen. Das Landes-Klimaschutzgesetz wird von Allem, was über Ziele und Maßnahmen der Europäischen Union hinausgeht, „befreit“, der Klimaschutzplan zu einem unverbindlichen und unwirksamen „Klimaschutzaudit“ degradiert. Der Blick in den Koalitionsvertrag von Schleswig-Holstein zeigt: Grün macht den Unterschied!

Nach dem 24. September muss umgesteuert werden!

Es geht um viel bei der kommenden Bundestagswahl. Wenn wir den Weg in die Klimakrise noch aufhalten wollen, braucht es andere Maßnahmen als das, was die große Koalition geliefert hat.

Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke sofort abzuschalten, der Kohleausstieg bis 2030 sind nur die notwendigsten Maßnahmen. Hier wird die Herausforderung darin liegen, das Jahr 2022 für den Atomausstieg zu halten. Aber mit einer CO₂-freien Stromversorgung allein retten wir das Klima nicht. Eine weitaus ambitioniertere Sanierungsquote bei den Gebäuden, das Zieljahr 2030, ab dem keine Co₂-emittierenden Autos mehr zugelassen werden, die Wende in der Landwirtschaft sind ebenso notwendig. Bei Schwarz-Rot saßen die Bremser im Kabinett! Voraus-eilender Gehorsam, was alles der Industrie und der Landwirtschaft nicht zumutbar wäre, hat zielführende Auseinandersetzungen, wie die notwendigen Maßnahmen gesellschaftsverträglich umgesetzt werden können, verhindert. Die Wirtschaft selbst ist da – mindestens im Kopf – oft weiter.

Deshalb: Geht mit unserem Wahlprogramm in die Offensive! Nennt die Fakten unserer bereits überhitzten Erde. Nur mit Grün gibt es Klimaschutz, nur mit Grün wird Deutschland wieder ein gutes Beispiel.



CHRIS KÜHN

SPRECHER FÜR BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK

WWW.CHRISKUEHN.DE

Tel. 030 / 227-73097, Fax 030 / 227-76097, christian.kuehn@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Poststraße 2-4, 72072 Tübingen

Tel. 07071 / 9997958, christian.kuehn.ma04@bundestag.de

BAU- UND WOHNUNGSPOLITISCHE LÄHMUNG

Selten hat eine Große Koalition die Politik in Deutschland derartig gelähmt wie in der letzten Wahlperiode. An der Bau- und Wohnungspolitik wird deutlich, wie wenig die zuständigen Minister Maas, Hendricks und Gabriel erreicht haben. Die Mieten explodieren noch immer, der soziale Wohnungsbau ist rückläufig und die Sanierungsquote dümpelt bei unter einem Prozent vor sich hin.

Eine Bremse ohne Bremse

Vor vier Jahren ist Angela Merkel mit dem Versprechen durch die Lande gezogen, den Mietenanstieg deutlich zu begrenzen und für bezahlbares Wohnen zu sorgen. Heute ist von ihrem Versprechen nur eines übrig: Eine Mietpreisbremse, die nicht funktioniert und ihren Namen eigentlich nicht verdient hat.

Dabei hat Bundesjustizminister Heiko Maas sich redlich bemüht, den Mieterschutz in Deutschland voran zu bringen. Wenn es darauf ankam, ist er dann aber jedes Mal vor Lobbyinteressen und vor der Union eingeknickt.

Die Mietpreisbremse, das sozialdemokratische Vorzeigeelement für bezahlbaren Wohnraum, war von Anfang an eine Fehlkonstruktion. Die Union hat unzählige Ausnahmen und Schlupflöcher in den Gesetzestext hinein verhandelt. Das Ergebnis ist ein löchriger Schweizer Käse, ein Gesetz, dem noch keine Studie seine Wirksamkeit bestätigt hat.

Ganz im Gegenteil: Die Mieten in Stuttgart, Berlin und anderen Wohnraummangelgebieten, aber auch andernorts, steigen nach wie vor ungebremst an. Verschiedene Studien haben bereits gezeigt: Der Mietpreisbremse fehlt die Bremswirkung. Wir Grüne haben im Bundestag mehrere Vorstöße unternommen,

um die Mietpreisbremse nachzuschärfen. In Gesetzesentwürfen und Anträgen haben wir gefordert, die Ausnahmen für Neubau und umfassende Modernisierung zu streichen. Das reizt lediglich den Bau teurer Luxusimmobilien an und fördert die Praxis des Rausanierens. Außerdem wollen wir die Rügepflicht des Mieters in eine Auskunftspflicht für Vermieter umwandeln. Verbraucher- und Mieterschutz sollte etwas selbstverständliches sein und nicht erst eingeklagt werden müssen.

Neue Wohnungsgemeinnützigkeit – die ignorierte Debatte

Wir Grüne haben uns auch Gedanken darüber gemacht, wie die Zukunft des sozialen Wohnungsbaus aussehen könnte. Denn auch hier ist die Bilanz der Bundesregierung ernüchternd. Noch immer geht jeden Tag bezahlbarer Wohnraum in Deutschland verloren. Jedes Jahr verlieren 50 000 Sozialwohnungen ihre Bindung, es werden aber nur 25 000 neue gebaut. Der Bedarf liegt derzeit bei 80 000. Wenn 2019 die Entflechtungsmittel auslaufen und ab 2020 die Schuldenbremse greift, stehen die Länder völlig allein vor dieser Mammutaufgabe. Die Große Koalition hat sich vor dieser Debatte die letzten Jahre weggeduckt. Während die Opposition Vorschläge erarbeitet hat, herrschte auf der Regierungsbank Stillschweigen. Dabei ist doch jedem, der einen Blick auf die Wohnungsmärkte wirft, völlig klar: Wir müssen wieder in den sozialen Wohnungsbau investieren. Wir müssen endlich für mehr bezahlbaren Wohnraum in Deutschland sorgen. Wir Grüne schlagen dafür eine Neue Wohnungsgemeinnützigkeit vor. Durch steuerliche Anreize für Privatvermieter, aber auch für Unternehmen, fördern wir den Bau von Sozialwohnungen. Mit der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit könnten wir in

BAU- UND WOHNUNGSPOLITISCHE LÄHMUNG



den nächsten 10 Jahren 1 Million dauerhaft bezahlbare Wohnungen schaffen. Leider haben Union und SPD alle unsere Anträge abgelehnt. Bleibt nur zu hoffen, dass die nächste Bundesregierung mehr Verantwortungsbewusstsein hat und nicht immer den Schwarzen Peter den Ländern zuschiebt.

Klimaschutz im Gebäudebereich: Fehlanzeige

Umweltministerin Barbara Hendricks wollte in ihrer Amtszeit Bauen und Umwelt wieder miteinander verbinden. Es ist aber bei schönen Worten geblieben. In den letzten vier Jahren hat sich die Sanierungsquote im Gebäudebereich quasi nicht bewegt. Wenn wir die Klimaziele von Paris erreichen wollen, müssen wir hier unbedingt mehr tun. Leider ist eines von Hendricks zentralen Gesetzesvorhaben am Widerstand der Union gescheitert: Die Bundesregierung hat es nicht geschafft, das dringend notwendige Gebäudeenergiegesetz zu verabschieden. Für den Klimaschutz im Gebäudebereich ist das ein herber Rückschlag. Flankiert wird dieses umweltpolitische Versagen von der Verabschiedung vom 30-ha-Ziel beim Flächenverbrauch und dem Verzicht auf die Förderung alternativer Bau- und Dämmstoffe.

Bei der Novelle des Baugesetzbuches hat Barbara Hendricks sich von der Union vorführen lassen. Ziel der Reform war eigentlich, die Innen- vor der Außenentwicklung zu stärken und mehr auf Nachverdichtung zu setzen. In letzter Minute hat dann auf Wunsch der bayrischen Staatskanzlei der Paragraph 13b Einzug gehalten. Er konterkariert die gesamte Novelle und öffnet dem Flächenfraß Tür und Tor. Kürzlich erst hat das IW Köln eine Studie vorgelegt, dass nicht zu wenig, sondern an der falschen Stelle gebaut wird. In ländlichen und schrumpfenden Regionen gibt es mittlerweile einen Überschuss an neugebauten Woh-

nungen und Häusern, während die Wohnungsnot in den Ballungszentren immer größer wird. Der Paragraph 13b ist verantwortlich dafür, dass die Dorfkerne ausbluten und drumherum die Natur versiegelt wird.

Außerdem hat das BMUB nicht die Kraft, sich endlich für den Einsatz alternativer Bau- und Dämmstoffe stark zu machen. Bauen verbraucht rund 60 Prozent der weltweiten Ressourcen. In China wurde innerhalb von drei Jahren so viel Beton verbaut wie in den USA im gesamten 20. Jahrhundert. Bauen ist ein Klimakiller. Wenn wir Klima und Umwelt schützen wollen, müssen wir nachhaltiger und ressourcensparender bauen. Deswegen habe ich mich in dieser Legislatur für eine nationale Holzbaustrategie eingesetzt. Mit jedem Kubikmeter Holz, der anstelle von Beton verbaut wird, wird eine Tonne CO₂ weniger in die Atmosphäre geblasen. Stahl und Beton sind nicht unersetzlich. Leider hat das bisher weder die Bundesregierung noch die Bauwirtschaft verstanden.

Stillstand beenden

Betrachtet man sich diese Bilanz der Bundesregierung, kann das Ergebnis eigentlich nur sein: Wir brauchen einen Wechsel. Diese Große Koalition des Stillstands muss endlich abgelöst werden. Sie steht für entfesselte Mietmärkte, für kurzsichtige Wohnungspolitik, für Ressourcenverbrauch und Flächenfraß. Trotz einer überwältigenden 80-Prozent-Mehrheit haben die Regierungsfractionen sich immer wieder gegenseitig blockiert und sich in internen Streitigkeiten verzettelt, statt Politik für die Bürgerinnen und Bürger im Land zu machen. Wir Grüne kämpfen in den nächsten Monaten dafür, dass es endlich wieder eine Regierung gibt, der der Klimaschutz und der soziale Zusammenhalt am Herzen liegen.



BEATE MÜLLER-GEMMEKE

SPRECHERIN FÜR ARBEITNEHMERINNENRECHTE

WWW.MUELLER-GEMMEKE.DE

Tel. 030 / 227-73041 Fax 030 / 227-76041 beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gartenstraße 18, 72764 Reutlingen

Tel. 07121 / 9092411, Fax 07121 / 9943186, beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

MOBBING AM ARBEITSPLATZ UND ARBEIT AUF ABRUF - GEGEN BEIDES MÜSSEN WIR ETWAS TUN!

Die Hölle, das sind die anderen", schrieb Sartre einst. Und diesen Satz können alle unterschreiben, die in ihrem Leben schon einmal am Arbeitsplatz gemobbt wurden. Wenn Beschäftigte gezielt und systematisch schikaniert werden, wenn Intrigen gegen sie geschmiedet werden, wenn sie von Kollegen beleidigt oder vom Vorgesetzten benachteiligt werden, dann ist das nicht nur ihr persönliches Problem. Nein, Mobbing ist ein Angriff auf die Persönlichkeit der Opfer. Das müssen wir endlich ernstnehmen.

Denn Mobbing ist ein Angriff auf die psychische Gesundheit eines Menschen. Es erhöht den Stress, verursacht Schlafstörungen, nicht selten Angstzustände oder Depressionen bis hin zu Panikattacken. Oft reagiert auch der Körper, manchmal mit Bluthochdruck, mit Magenkrämpfen oder chronischen Krankheiten. Die Betroffenen leiden unter den gezielten Angriffen auf ihre Persönlichkeit. Ihr Leben bekommt Risse. Sie verlieren häufig ihren Job. Oft folgen Krankheit, Reha und im schlimmsten Fall bleibt am Schluss nur noch die Erwerbsminderungsrente.

Mobbing verursacht hohe Kosten für die Wirtschaft. Denn den Betrieben entstehen Ausfalltage, Produktionsstörungen, Qualitätsdefizite kosten Geld, Aushilfskräfte, Versetzungen oder Einarbeitungen ebenfalls. Gleichzeitig müssen die Sozialversicherungssysteme für Heilbehandlungen, Kuren, Medikamente, Lohnersatzleistungen und Frührenten aufkommen. Mobbing verursacht nach Einschätzung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin betriebs- und volkswirtschaftliche Kosten in Milliardenhöhe.

Mobbing-Betroffene müssen Recht bekommen

Wenn sich Betroffene gerichtlich wehren, dann geht es

ihnen vor allem darum, dass die erfahrene psychische Gewalt klar benannt und anerkannt wird. Aber Mobbing ist mit der bisherigen Rechtslage in Deutschland kaum zu greifen. Getan wird dagegen politisch aber nichts. Mobbing-Betroffene müssen endlich die Chance erhalten, vor Gericht Recht zu bekommen. Deshalb fordere ich mit einem Antrag im Bundestag ein Gesetz zum Schutz vor Mobbing am Arbeitsplatz.

Heute haben wir zwar das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Aber auf diesen gesetzlichen Schutz können sich nur diejenigen berufen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religion, ihres Alters, ihrer sexuellen Identität oder einer Behinderung gemobbt werden. Andere Betroffene, die keines dieser Merkmale erfüllen und die beispielsweise der eigene Chef mobbt, um sich die Kündigungskosten zu sparen, sind gesetzlich nicht geschützt. Sie haben in der Vergangenheit vor Gericht nur selten Recht bekommen. Denn die Beweisführung erweist sich als schwierig. In Deutschland besteht deshalb ein handfestes Rechtsproblem.

Wir brauchen deshalb ein Gesetz zum Schutz vor Mobbing am Arbeitsplatz, das Mobbing analog zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz als Persönlichkeitsverletzung definiert und den Betroffenen ausreichend Schutz garantiert. Unser Antrag im Bundestag ist mehr als überfällig, denn die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dürfen sich bei Mobbing nicht aus der Verantwortung stehlen. Sie müssen verpflichtet werden, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, sobald sie von Mobbing in ihrem Betrieb erfahren. Passiert nichts, haben die Betroffenen die gleichen Rechte, wie diejenigen, für die das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz greift. Auch Mobbing-Betroffene brauchen ein Leistungsverweigerungsrecht, Beweiserleichterungen und vor allem sollen sie den Schaden – materiell und immateriell – ersetzt

GEGEN **MOBBING** UND **ABRUFARBEIT**



bekommen. Es muss endlich klargestellt werden, dass sich die Fürsorgepflicht der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auch auf den Schutz vor Mobbing bezieht. Das stärkt die Betroffenen und wirkt gleichermaßen präventiv.

Solch ein Gesetz ist mehr als überfällig. Immerhin hat die EU-Kommission bereits im Jahr 2001 Mobbing als „psychische Gewalt“ bezeichnet. Bei Mobbing geht es auch um unsere Glaubwürdigkeit als Rechtsstaat. Der ehemalige Vizepräsident des Landesarbeitsgerichts Thüringen, Dr. Peter Wickler, bringt es auf den Punkt als er einmal geschrieben hat: „Der Staat, der Mobbing in seinen Dienststellen und in der Privatwirtschaft zulässt oder nicht ausreichend sanktioniert, kann sein humanitäres Wertesystem nicht glaubwürdig an seine Bürger vermitteln und gibt damit dieses Wertesystem langfristig dem Verfall preis.“

Arbeit auf Abruf ist so nicht akzeptabel

Ein weiteres Thema treibt mich dieser Tage besonders um. Denn es gibt äußerst seltsame Arbeitsverträge in Deutschland. Darin ist lediglich eine geringe Mindestanzahl von Stunden pro Monat festgelegt. Wann und wie lange die Beschäftigten dann tatsächlich arbeiten, liegt ganz in der Hand des Chefs. Er muss lediglich vier Tage vorher Bescheid geben, wann er zur Arbeit auf Abruf ruft. Doch viele Abrufkräfte erfahren vom Arbeitseinsatz erst am selben Tag oder am Tag zuvor. Auf diese Weise ist das Leben kaum noch planbar. 1,5 Millionen solcher modernen Tagelöhner arbeiten laut DIW in Deutschland.

Sie alle wissen nicht, wieviel sie im Laufe eines Monats arbeiten werden. Und sie wissen nicht, wieviel sie verdienen. Vor allem im Handel und in der Gastronomie ist Arbeit auf Abruf weit verbreitet. Beschäftigte bei H&M sagen, dass sie manchmal 400 Euro im Monat verdienen, ein anderes Mal 1500 Euro. Flexkräfte werden

diese Beschäftigten auf Abruf bei der Modekette genannt. Wer meint, das klinge wie ein gesetzloser Zustand, der irrt. § 12 des Teilzeit- und Befristungsgesetz erlaubt diese Form von Arbeit explizit.

In den Verträgen von H&M, so fand das ZDF heraus, steht geschrieben: „Dem Mitarbeiter ist bekannt, dass die Vergütung variieren kann und somit gegebenenfalls nicht geeignet ist, eine stabile Einkommensgrundlage zu liefern.“ Arbeit auf Abruf, so meint die Geschäftsführung, sei eben nur ein Nebenjob. Doch dieser Nebenjob wird bei H&M zur Regel: mittlerweile arbeiten dort nur noch 26 Prozent der Beschäftigten in Vollzeit, 41 Prozent hingegen auf Abruf. Wer so arbeitet bekommt in der Regel kein Urlaubsgeld und keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Denn wer krank ist, wird eben nicht abgerufen. Arbeit auf Abruf bietet der Arbeitgeberseite Flexibilisierungsmöglichkeiten ohne Ende. Auf diese Weise werden betriebswirtschaftliche Risiken auf die Beschäftigten abgewälzt, denn wenn die Beschäftigten nicht abgerufen werden, dann gilt dies als Freizeit und die wird auch nicht bezahlt. Eine solche Unternehmenspolitik ist einfach inakzeptabel. Da halten sich Arbeitgeber ein Heer von flexiblen Arbeitswilligen und ermöglicht und geduldet wird das auch noch von der Politik.

Deshalb mahnen wir jetzt bei dieser Beschäftigungsform Reformen an. Arbeit auf Abruf soll es künftig dort nicht mehr geben, wo die Arbeit auch von Beschäftigten in normalen Arbeitsverhältnissen getan werden kann. Denn es gibt unzählige Möglichkeiten auch schwankenden Personalbedarf auszugleichen – beispielsweise mit Arbeitszeitkonten. Wenn Betriebsgrößen dafür zu gering sind, dann wollen wir die Arbeit auf Abruf für die Beschäftigten berechenbarer machen. Das würde den Wildwuchs zumindest eindämmen und für eine bessere Planbarkeit sorgen.



CEM ÖZDEMİR

WWW.OEZDEMIR.DE

Tel. 030 / 227-75070, Fax 030 / 227-76069, cem.oezdemir@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Königstrasse 78 70173 Stuttgart

Tel. 0711 / 65832900, Fax 0711 / 65832901, cem.oezdemir.wk@bundestag.de

EMISSIONSFREI MOBIL

Viele Regionen in Deutschland sind durch giftige Stickoxide hoch belastet. Schmutzige Diesel-Pkw sind die Hauptursache. Gerichte können absehbar gar nicht anders, als strenge Fahrverbote zu verordnen. Das wird die Fahrer von Diesel-Pkw verärgern – zu Recht. Sie haben sich im Vertrauen auf zum Teil modernste Abgasreinigungssysteme für einen Diesel entschieden.

Die Bundesregierung trägt eine große Verantwortung dafür, dass deutsche Autohersteller gerade ziemlich alt aussehen. Der Abgasskandal verschwindet nicht, indem CDU/CSU und SPD im Bundestag das jahrelange Wegschauen staatlicher Behörden decken und Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt zweifelhafte Software-Updates anordnet. Um wieder Vertrauen herzustellen, braucht es jetzt zügig eine wirksame und rechtssichere Nachrüstung von Diesel-Pkw. Nur so können Fahrverbote unterbleiben. Auch wer in München, Stuttgart oder Düsseldorf lebt, hat ein Recht auf saubere Luft.

Klug reagiert Deutschland, wenn es den Abgasskandal als Weckruf begreift und als Chance nutzt. Die Weltgemeinschaft hat sich im Pariser Klimaschutzabkommen darauf verpflichtet, die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen. Am fossilen Verbrennungsmotor und an Autos mit hohen Kraftstoffverbräuchen hängt somit ein Verfallsdatum. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen schaffen, damit ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden. Doch Bundeskanzlerin Angela Merkel zieht mit ihrer Automobilpolitik einen Schutzzaun um den fossilen Verbrennungsmotor. Er wird genauso wenig erfolgreich sein, wie es der Versuch des einstigen Weltmarktführers Nokia war, das Smartphone zu ignorieren. Wer sich weiter auf einen alten Technolo-

gievorsprung verlässt, hat schon verloren. Denn die Frage lautet nicht, ob der Abschied vom fossilen Verbrennungsmotor kommt, sondern ob unsere Autobauer rechtzeitig die Kurve kriegen.

Mit Macht streben neue Unternehmen wie der US-Autobauer Tesla oder der chinesische Konzern BYD auf den Automobilmarkt. Das Auto von morgen fährt mit erneuerbarer Energie, leise, sicher und schadstofffrei. Es ist vernetzt, zunehmend selbstfahrend und kombinierbarer Teil der Reisekette. Der deutschen Automobilwirtschaft und den 800.000 Beschäftigten dort wird absehbar nur eine industriepolitische Strategie helfen, die konsequent in diese Richtung weist. Mit jährlichen Exportquoten von rund 75 Prozent betrifft sie internationale Veränderungen unmittelbar. Autos aus deutscher Produktion werden dann Mobilitätsgarant und Exportschlager bleiben, wenn sie mit klimafreundlichen Antrieben und auf Basis erneuerbarer Energien fahren.

Deutschland hat große Innovationen für die Mobilität hervorgebracht, etwa mit der Erfindung des Fahrrads, der Elektrolokomotive oder der Entwicklung des Automobils. Die Bundesrepublik verfügt über eines der dichtesten Schienennetze und in vielen Regionen über gute Nahverkehrsangebote. Spitzenprodukte, die im Bereich der deutschen Automobil-, Bahn- und Luftfahrtindustrie entstehen, setzen weltweite Standards. Unser Wohlstand hängt auch davon ab, dass wir weiterhin die besten Mobilitätslösungen und -Technologien hervorbringen. Jetzt geht es darum, für das 21. Jahrhundert die Mobilität neu zu erfinden.

Als Leitplanken für das Verkehrsgeschehen geben Lebensqualität sowie Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz die Richtung vor und lösen ein veraltetes Denken ab, das die Grenzen unseres Planeten ignoriert. Mit Verkehrsmitteln, in denen sich die Welt immer weiter in Megastaus, Dauersmog und Klima-

EMISSIONSFREI MOBIL



krise manövriert, kommen wir nicht weiter. Der volkswirtschaftliche Schaden ist zu hoch. Es ist Zeit für eine Verkehrswende, die die Dominanz fossil betriebener Fahrzeuge auf unseren Straßen beendet und den Ressourcen- und Flächenbedarf des Verkehrs verringert.

Die Märkte stellen bereits auf moderne Mobilität um. China wird als größter Absatzmarkt der Welt eine Quote für Elektroautos einführen. Schon im vergangenen Jahr wurden in China rund eine halbe Million E-Autos verkauft, jedes zweite E-Auto weltweit wird zurzeit in China zugelassen. In zahlreichen Ländern wird der Ausbau der Elektromobilität gezielt vorangetrieben und insbesondere in Städten wird an modernen Mobilitätskonzepten gearbeitet. In den USA hat der Autohersteller Tesla, der ausschließlich in batterieelektrische Antriebe investiert, zwischenzeitlich eine höhere Marktkapitalisierung erreicht als die traditionellen US-Autobauer wie GM und Ford, obwohl noch keine Gewinne eingefahren werden. Der schwedische Autobauer Volvo hat gerade angekündigt, dass es den Verbrennungsmotor schrittweise abschaffen wird – ab 2019 soll jedes neue Modell mit einem Elektro- oder Hybridantrieb vom Band rollen. Und auch Porsche hat angekündigt ab 2023 jedes zweite Fahrzeug mit einem Elektroantrieb zu verkaufen. Die Bundesregierung versäumt seit Jahren, die notwendigen Voraussetzungen für emissionsfreie Mobilität zu schaffen. Weil die Bundesregierung weiterhin verbrauchsstarke und hochmotorisierte Fahrzeuge auf dem deutschen Automobilmarkt subventioniert, verfehlt sie ihr eigenes Ziel, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bringen.

Um emissionsfreier Mobilität zum Durchbruch zu verhelfen, haben wir in den Bundestag einen Antrag eingebracht. Es geht darum, mit sauberen Autos Wettbewerbsstärke, Wertschöpfung und Arbeitsplätze

in der Automobilwirtschaft zu erhalten. Damit das gelingt, braucht es ordnungspolitische Anreize, damit Innovation die Richtung wechseln kann. Die Politik wird das neue Auto nicht bauen – aber sie muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Sie muss die steuerlichen, fiskalischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für eine emissionsfreie Mobilität schaffen.

Dazu gehört unter anderem, die Besteuerung von Dienstwagen in Deutschland an den CO₂-Ausstoß koppeln. Außerdem wollen wir die Kaufprämie für Elektroautos in ein Bonus-Malus-System in der Kraftfahrzeugsteuer zu überführen, um einen starken Anreiz für den Kauf emissionsarmer Pkw zu setzen. Ferner werden wir das Bundesprogramm für die Errichtung von Ladeinfrastruktur ausweiten, klare Regelungen für diskriminierungsfreies und anbieterübergreifendes Laden an allen öffentlichen Ladesäulen einzuführen und das Wohneigentums- und Mietrecht ändern, sodass E-Auto-Fahrer die Installation von Lademöglichkeiten in Tiefgaragen und in Mehrfamilienhäusern leichter durchsetzen können. Unsere Ziele auf dem Weg zu einer abgasfreien Mobilität sind klar, ehrgeizig – und machbar! Wer die Klimaschutzziele von Paris ernst meint und die Wettbewerbsstärke unserer Automobil- und Zulieferindustrie erhalten will, muss jetzt eine ökologische Modernisierung des Verkehrs „Made in Germany“ auf den Weg bringen. Wer nicht will, dass unsere Facharbeiterinnen und Facharbeiter in Stuttgart, in Ingolstadt oder in Wolfsburg ins Bett gehen und am nächsten Tag in einer verfallenen Autometropole wie Detroit aufwachen – der sollte der deutschen Ingenieurskunst mehr Vertrauen schenken. Sie wollen endlich machen. Und sie können es auch. Ob sie aber auch dürfen, hängt auch an der Politik.



DR. GERHARD SCHICK

SPRECHER FÜR FINANZPOLITIK

WWW.GERHARDSCHICK.NET

Tel. 030 / 227-74535, Fax 030 / 227-76656, gerhard.schick@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Kaiserring 38, 68169 Mannheim

Tel. 0621 / 4017252, Fax 0621 / 4018469, gerhard.schick@wk2.bundestag.de

DIE MÄR VOM SOLIDEN LEBENSVERSICHERER

Lebensversicherer gelten als grundsolide. Keiner würde seine private Altersvorsorge einer unsoliden Firma anvertrauen. Eine Krise wie im Bankenbereich, bei der die Versicherer reihenweise umfallen? Ausgeschlossen. Staatliche Rettungsmaßnahmen für Lebensversicherer? Niemals.

Auch Medien berichten lieber über Banken als Versicherer. Trotzdem haben wir uns als Bundestagsfraktion in dieser Legislaturperiode intensiv mit der Versicherungswirtschaft beschäftigt. Weil es da um richtig viel Geld geht und weil es der Lebensversicherung in Deutschland seit Jahren schlecht geht. Grundproblem sind die Zinsgarantien, die sie in wirtschaftlich besseren Zeiten, die teils Jahrzehnte zurückliegen, ihren Kunden versprochen haben. Damit diese Garantien eingehalten werden können, müssen Rückstellungen gebildet werden. Bei den Rückstellungen wird berechnet, wie viel Geld bei konservativer Verzinsung beiseitezulegen ist, um den garantierten Betrag später auszahlen zu können. Müssten Versicherer ihre Rückstellungen mit realistischen Zinsen berechnen, würden ihnen über 200 Milliarden Euro fehlen. Eine enorme Summe, die sie angesichts ihres dünnen Eigenkapitalpuffers überfordern würde.

Banken sind im Vergleich zu „normalen“ Unternehmen bereits mit gefährlich wenig Eigenkapital ausgestattet. Lebensversicherer arbeiten mit noch weniger Eigenkapital als Banken. Der Sinn dahinter: Je weniger Eigenkapital eingesetzt wird, desto höher ist der Renditehebel, also der relative Gewinn pro eigenem Euro. Wenn es gut läuft, dann läuft es extrem gut für die Aktionäre – und wenn es schlecht läuft, ist man sofort pleite. Aktionäre normaler Unternehmen setzen sich derartigen Risiken nicht aus. Deshalb stattdessen ihre Unternehmen mit weit höheren Quoten an Eigenkapital aus. Unternehmen in der Finanzindustrie – und

dazu gehören nun mal auch Versicherer – haben aber keine Angst vor der Pleite. Dafür hat man ja den Staat. Je sicherer man ist, dass er zur Hilfe eilt, desto weniger Eigenkapital braucht man. Lebensversicherer scheinen sich besonders sicher zu sein. Und die Vergangenheit gibt ihnen leider Recht.

Angst vor der Pleite? Dafür ist doch der Staat da!

Seit der Finanzkrise vergeht kaum ein Jahr ohne eine neue staatliche Hilfsmaßnahme. Die Maßnahmen tragen sperrige Begriffe wie „Zinszusatzreserve“ oder „Rückstellung für Beitragsrückerstattung“. Sie wurden ohne saubere Analyse und öffentliche Diskussion an andere wichtigere Gesetze angehängt und durch den Bundestag gepeitscht. Wir hatten dazu ein öffentliches Fachgespräch beantragt. Das hat die Koalition aber blockiert und durchgesetzt, dass nur hinter verschlossenen Türen diskutiert werden durfte.

Im Jahressteuergesetz 2010 wurde den Unternehmen erlaubt, einen deutlich größeren Teil der Erträge (steuerbegünstigt) in einen Eigenkapital ersetzenden Reservetopf namens „Rückstellungen für Beitragsrückerstattungen“ zu buchen, anstatt sie den Kunden gutzuschreiben. 2011 wurden die Versicherer mittels einer einfachen Verordnung – komplett ohne Mitwirkung des Bundestages – verpflichtet, etwa 200 Milliarden Euro zusätzliche Rückstellungen zu bilden. Die Kosten dafür tragen wieder die Kunden, an die niedrigere Beträge ausgeschüttet werden.

In gleicher Weise ist es der deutschen Versicherungswirtschaft gelungen, die europäischen Bemühungen zu einer realitätsnäheren Bewertung der Rückstellungen zu verwässern. Als im Jahr 2015 die Europäische Versicherungsaufsicht in einem Stresstest feststellte, dass die meisten deutschen Versicherer Probleme beim Aufbau der Rückstellungen haben, wurde zugunsten der Versicherer für langfristige Verpflichtungen ein völlig

LEBENSVERSICHERER

IN DER KRISE

unrealistisch hoher Zinssatz angesetzt und den Versicherern zusätzlich eine 15-jährige Übergangsfrist zum Aufbau des nötigen Kapitals eingeräumt.

2012 glaubte die Regierung einen weiteren großen Vermögenstransfer ausschließlich zu Lasten der Versicherungskunden in einem kleinen Begleitgesetz verstecken zu können. Es geht um stille Reserven, die Unternehmen in guten Zeiten anhäufen, weil sie ihren Kunden nicht alle Erträge gutschreiben. Die Rückstellungen für Beitragsrückerstattungen alter Kunden sollten den neuen Kunden zugeschlagen werden und sogenannte Bewertungsreserven ausscheidender Kunden den verbleibenden Kunden. Bei beiden Maßnahmen geht es um weit mehr als zehn Milliarden Euro, mit denen eine Kundengruppe das Versichertenkollektiv und damit die Unternehmen stützen soll. Nach heftigen Protesten von uns Grünen, aber auch vielen Verbraucherschützern und Betroffenen wurden diese Maßnahmen 2013 im Rahmen des „Lebensversicherungsreformgesetzes“ zwar verabschiedet, allerdings mussten gegen den ursprünglichen Willen der Bundesregierung auch die Aktionäre, also die Eigentümer der Unternehmen, gewisse Zugeständnisse machen.

Drei Reformschritte zum Wohle der Kunden und Versicherer

Im Bankensektor hatte die Finanzkrise auch dank unserer anhaltenden Bemühungen auf deutscher und europäischer Ebene wenigstens eine heilsame Wirkung auf die Regulierung. Banken müssen jetzt mehr Eigenkapital einsetzen, um das Risiko einer staatlichen Rettung zu reduzieren. Und es gibt es inzwischen ein Abwicklungsregime mit einer klaren Haftungsreihenfolge: Im Krisenfall stehen zunächst die Eigentümer in der Pflicht und dann die Gläubiger, bevor normale Kunden ihr Geld verlieren. Kleinkunden sind sogar vollständig geschützt. Nicht so bei den Le-

bensversicherern: Sie dürfen angesichts ihrer hauchdünnen Eigenkapitalquote den Staat immer noch in jeder Krise um Hilfe ersuchen. Nach wie vor gibt es keine Regeln, dass zunächst die Eigentümer zur Haftung herangezogen werden, bevor es an das Vermögen der Kunden geht. Missstände, die wir bei der Umsetzung der sogenannten „Solvency II“ Richtlinie deutlich kritisiert haben.

Drei Reformschritte wollen wir in Deutschland und in der EU erreichen. Erstens: Es wird Zeit, dass die Rettungsmaßnahmen gegenüber der Öffentlichkeit transparent gemacht werden. Es kann nicht sein, dass Eigentumsrechte in einer Krise in Milliardenhöhe verschoben werden, ohne dass es dazu regelmäßige Berichte der Bundesregierung über die Wirkung dieser Maßnahmen gibt. Auch muss den Kunden, die heute geringere Auszahlungen als erwartet bekommen, dargestellt werden, warum das so ist: nämlich, um die Auszahlungen an andere Kunden in der Zukunft zu sichern.

Zweitens: Die Rettung von Lebensversicherungen muss fair erfolgen. Die Unternehmen haben in guten Zeiten vollmundig zu viel versprochen. Damit haben sie prächtig gelebt. Sie hätten aber schon vor Jahren Gewinnausschüttungen an ihre Eigentümer stoppen, und stattdessen neues Kapital einwerben müssen. Und sie hätten die üppigen Provisionen für ihre Heerschaaren von Versicherungsvertretern kürzen und auch andere Kosten senken müssen. Deswegen darf jetzt nicht alles bei den Kunden abgeladen werden. Auch Aktionäre und Manager müssen ihren Beitrag leisten. Drittens muss die Regulierung für die Zukunft sicherstellen, dass nicht ein weiteres Mal eine solche Fehlentwicklung stattfinden kann: Mehr echtes Eigenkapital, transparente Produkte und eine unabhängige Beratung für die Kunden sind die wichtigsten Elemente.

SERVICE**BETREUUNGSWAHLKREISE**

AALEN	Harald Ebner
ALB-DONAU	Beate Müller-Gemmeke
BIBERACH	Agnieszka Brugger
BODENSEEKREIS	Agnieszka Brugger
BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD	Kerstin Andreae
BÖBLINGEN	Matthias Gastel
CALW	Beate Müller-Gemmeke
EMMENDINGEN	Kerstin Andreae
ESSLINGEN	Matthias Gastel
ETTLINGEN	Sylvia Kotting-Uhl
FREIBURG	Kerstin Andreae
FREUDENSTADT	Beate Müller-Gemmeke
GÖPPINGEN	Matthias Gastel
HARDT	Gerhard Schick
HEIDELBERG	Franziska Brantner
HEIDENHEIM	Matthias Gastel
HEILBRONN	Gerhard Schick
HOHENLOHE	Harald Ebner
KARLSRUHE	Sylvia Kotting-Uhl
KARLSRUHE/LAND	Sylvia Kotting-Uhl
KONSTANZ	Gerhard Schick
LUDWIGSBURG	Cem Ozdemir
LÖRRACH	Kerstin Andreae
MAIN-TAUBER	Harald Ebner
MANNHEIM	Gerhard Schick
NECKAR-ODENWALD	Franziska Brantner
NECKAR-BERGSTRASSE	Franziska Brantner
ODENWALD-KRAICHGAU	Gerhard Schick
ORTENAU	Sylvia Kotting-Uhl
PFORZHEIM/ENZKREIS	Gerhard Schick
RASTATT/BADEN-BADEN	Sylvia Kotting-Uhl
RAVENSBURG	Agnieszka Brugger
REMS-MURR	Cem Ozdemir
REUTLINGEN	Beate Müller-Gemmeke
ROTTWEIL	Chris Kühn
SCHWARZWALD-BAAR	Chris Kühn
SCHWÄBISCH GMUND	Harald Ebner
SCHWÄBISCH HALL	Harald Ebner
SIGMARINGEN	Agnieszka Brugger
STUTTGART	Cem Ozdemir
TUTTILINGEN	Chris Kühn
TÜBINGEN	Chris Kühn
ULM	Beate Müller-Gemmeke
WALDSHUT	Kerstin Andreae
WANGEN	Agnieszka Brugger
ZOLLERNALB	Chris Kühn

SÜDWESTGRÜN erscheint drei- bis viermal im Jahr. Darin berichten wir als Landesgruppe Baden-Württemberg der Grünen Bundestagsfraktion von unserer Arbeit.

SÜDWESTGRÜN wird als E-Mail mit PDF-Anhang versandt. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen möchte, schreibe bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Abo Südwestgrün“ an **christian.kuehn@bundestag.de**. Abmeldungen und Feedback aller Art bitte ebenfalls an diese Adresse.

Ältere Ausgaben aus den vorangegangenen Wahlperioden sind im **SÜDWESTGRÜN**-Archiv auf **www.kotting-uhl.de** zu finden.

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein wie wir es gerne möchten. Daher seid ihr, die Grünen in Baden-Württemberg, unser stärkstes Bindeglied „ins Ländle“. Für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret auf den Nägeln brennt.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen und euer Engagement sind eine wichtige Ergänzung zu unserer parlamentarischen Arbeit!

Da wir leider nicht in jedem Wahlkreis mit einer/einem eigenen MdB vertreten sind, haben wir das System der Betreuungswahlkreise eingerichtet. In der Liste links seht ihr, wer von uns für euren Wahlkreis zuständig ist.

Mehr aus der Bundestagsfraktion immer aktuell unter **WWW.GRUENE-BUNDESTAG.DE**

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Chris Kühn, MdB (Landesgruppensprecher)
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel. 030 / 227 73097
 Fax 030 / 227 76097
 christian.kuehn@bundestag.de